

Dringliche Interpellation 252

Eingang Stadtkanzlei: 19. November 2018

Auswirkungen der AFR 18 auf die Stadt Luzern

Die Regierung des Kantons Luzern präsentierte Ende Oktober 2018 die Botschaft zur Aufgaben- und Finanzreform der breiten Öffentlichkeit. Bereits in der Vernehmlassung übte der Stadtrat starke Kritik gegenüber den Reformprojekten der Regierung. In der gemeinsamen Medienkonferenz vom 2. Juli 2018 legte die Stadt Luzern zusammen mit anderen Gemeinden die Gründe dar, weshalb eine neue Vorlage ausgearbeitet werden sollte, die auch die Steuergesetzreform 2020 berücksichtigt. Die Reform wäre mit hohen Kosten für die Stadt Luzern verbunden.

Angesichts der parlamentarischen Beratung der AFR 18 im Kantonsrat während der Dezembersession 2018, bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat der Stadtrat die definitive Botschaft diskutiert und eine Haltung festgelegt? Wie ist diese?
2. Wie beurteilt der Stadtrat die vorliegende Aufgaben- und Finanzreform 18 hinsichtlich der Auswirkungen auf die Stadt Luzern?
3. Wie beurteilt der Stadtrat die langfristigen Auswirkungen auf die Stadt Luzern nach Wegfall des Härteausgleichs und wenn die theoretischen Annahmen zur Mehrwertabgabe, Steuerreform des Bundes und Steuergesetzrevision des Kantons nicht eingerechnet werden?
4. Wurden im Budget 2019 und im AFR 19–22 bereits mögliche Auswirkungen bei einer entsprechenden Umsetzung des AFR 18 mitberücksichtigt?

Gianluca Pardini und Simon Roth
namens der SP/JUSO-Fraktion